

Die Hegemoniearbeit der NSDAP in der deutschen Arbeiterschaft vor 1933

In der historischen Darstellung wurde die NS-Ideologie vielfach trivialisiert oder dämonisiert, die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NSDAP wurden oftmals als ein „conglomerate of confusing ideas without much relevance“ dargestellt (Szejnmann 2013: 356). Dabei sei gerade ihre kapitalismuskritische Authentizität im Hinblick auf die Überwindung des liberalen essentiell für ihre Wahlerfolge gewesen (Bons 1995, Szejnmann 2013).¹ Diese Authentizität war bis 1932 durch kein konkretes wirtschaftspolitisches Programm unterlegt, sondern vielmehr ideologischer Natur (vgl. Barkai 1988). Die Devise lautete „Gemeinnutz vor Eigennutz“ (NSDAP 1920). So waren ein militanter Antiliberalismus, gepaart mit der Befürwortung von Staatsdirigismus, seit 1920 fixer Bestandteil der Wirtschaftsauffassung der Nazis (vgl. Barkai 1988).

Bons (1995) unterstreicht, dass für die Massenwirksamkeit der NS-Ideologie nicht in erster Linie propagandistisches Geschick oder das Charisma Hitlers verantwortlich waren, sondern eine authentische programmatische Alternative des nationalen (zum proletarischen) Sozialismus. Tatsächlich lässt sich gut belegen, dass die Adressierung der sozialen Frage am Ende der Weimarer Republik wesentlich, wenn nicht entscheidend, zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen hat. In diesem Papier wird dargestellt auf welchen weltanschaulichen Überlegungen die NS-Wirtschaftspolitik beruhte, wie diese Überlegungen durch den Reichsorganisationsleiter der NSDAP Gregor Strasser in ein konkretes Programm gegossen wurden und mit welcher Strategie die Partei versuchte in der Arbeiterschaft zu punkten.

Teil 1: NS-Hegemoniearbeit in der Ideologie

1. Arbeiterschaft und Volksgemeinschaft

„Wenn 15 Millionen zu einer Überzeugung kommen, dann muss ein Grund vorhanden sein“ so Hitler 1927 in Bezug auf das Wählerreservoir der Arbeiterparteien SPD und KPD (Bons 1995: 60). Die soziale Frage wurde von den Nationalsozialisten nicht nur als relevant anerkannt, sie wurde sogar als entscheidende Voraussetzung begriffen, um die „nationale Frage“ in ihrem Sinne zu lösen (Bons 1995).

¹ SPD-Finanzminister Rudolf Hilferding (1930: 296) dazu: „(...) so ist die Abwehr sozialer Verschlechterungen möglich, so lange die Nationalsozialisten nicht ins Lager der offenen Sozialreaktion desertieren, was sie zunächst kaum wagen können.“

Bons (1995:1) bezeichnet demnach die „Nationalisierung der deutschen Arbeiterschaft“ als politische Hauptaufgabe des Nationalsozialismus.² Die Arbeiterschaft sei nach 1918 abtrünnig geworden, ihre Rückeroberung habe höchste Priorität (Paul 1992).³ Darum lässt sich seit Anbeginn nationalsozialistischer Bewegung eine Anrufung der Arbeiterschaft beobachten, so etwa schon in Gottfried Feders Manifest „Brechung der Zinsknechtschaft“ von 1919. Bei Feder (1919) werden die „Genossen der beiden sozialistischen Richtungen“ (S. 54) direkt angesprochen, es ist dort die Rede vom „wahren Geiste des Sozialismus“ (S. 61), die „Befreiung von der Zinsknechtschaft“ sei gar die „klare Losung für die Weltrevolution“ (S.9) und das Manifest endet mit dem Aufruf „Werktätige aller Länder, vereinigt Euch!“ (S. 62). Auch sonst ist der Referenzpunkt des Pamphlets eindeutig die „sozialistische Gedankenwelt“ (S. 54). Bei ihm finden sich positive Bezugnahmen zum Begriff Sozialismus – „Sozialismus, als höchste sittliche Idee aufgefaßt, als Idee dessen, daß der Mensch nicht nur für sich allein auf der Welt ist, daß jeder Mensch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber der ganzen Menschheit hat (...)“ (S. 11-12) – sowie der Versuch, die Interessen der Arbeiterschaft mit den Interessen der Nation gleichzusetzen.⁴ Vor allem in der Frühphase der NSDAP war Feder der „maßgebliche Exponent der Partei in Wirtschaftsfragen“ (Barkai 1988, S. 29)⁵.

Die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft zu nationalisieren und in die Volksgemeinschaft „zurückzuholen“ ergibt sich direkt aus Hitlers Sozialphilosophie. „Er sah das Leben nicht in erster Linie als Wettbewerb zwischen Individuen – wie die meisten englischen und amerikanischen Sozialdarwinisten –, sondern war überzeugt, dass der für die Menschen entscheidende Kampf zwischen Staaten stattfindet. (...) Dieser ‚Lebenskampf‘ zwischen den Völkern stelle sicher, dass in der Menschheit wie in der Natur, der seiner Umwelt am besten Angepasste überlebe und der Schwache und Unfähige umkomme“ (Turner 1985: 94, siehe auch Barkai 1988).⁶ An dieser Stelle offenbart sich der entscheidende Konnex zwischen sozialer Frage und völkischem Darwinismus. Der Weg zur nationalen Größe führe gemäß Hitler (1925/1940, S. 369-370) nur über die Volksgemeinschaft. Und Volksgemeinschaft impliziert, dass von Seiten der Kapitalisten wirtschaftliche Konzessionen gegenüber den Arbeitern gemacht werden müssen:

² Hitler (1925/1940) widmet in ‚Mein Kampf‘ ein ganzes Unterkapitel der ‚Nationalisierung der Massen‘.

³ Damit wird auf den ersten Weltkrieg Bezug genommen, als die Arbeiterbewegung (mehrheitlich) der Reichsregierung im Rahmen der Politik des Burgfriedens die Mauer machte.

⁴ Berman (2006) verweist auf mehrere rechtskonservative Intellektuelle wie Oswald Spengler oder Werner Sombart, die sich in der Frühphase der Weimarer Republik allesamt mit einem nicht-marxistischen Sozialismus der nationalen Einheit befassten.

⁵ Mayer (2002, S. 5) sieht eine „konstitutive Rolle“ Feders für die Weltanschauung der NSDAP. Barkai (1988) betont, dass Feder zwar die wirtschaftlichen Forderungen des 25-Punkte-Programms der NSDAP von 1920 verfasst habe, später aber keine gewichtige Rolle gespielt habe und sein Einfluss in der Forschung überschätzt wurde.

⁶ Die jüngere medizingeschichtliche Forschung zeigt, dass das Konzept des „Lebenskampfes“ keineswegs auf nationale Kollektive beschränkt blieb, sondern sehr wohl auch innerhalb des als „eigenen“ konstruierten Volkskörpers zur Wirkung kam.

„So waren wir uns bereits im Jahre 1919 darüber klar, dass die neue Bewegung als oberstes Ziel zunächst die Nationalisierung der Massen durchführen muss. Daraus ergab sich in taktischer Hinsicht eine Reihe von Forderungen. 1. Um die Masse der nationalen Erhebung zu gewinnen, ist kein soziales Opfer zu schwer. Was auch immer unseren Arbeitnehmern heute für wirtschaftliche Konzessionen gemacht werden, so stehen diese in keinem Verhältnis zum Gewinne der gesamten Nation, wenn sie mithelfen, die breiten Schichten wieder ihrem Volkstum zu schenken. Nur kurzsichtige Borniertheit, wie man sie leider häufig in unseren Unternehmerkreisen findet, kann verkennen, dass es auf die Dauer keinen wirtschaftlichen Aufschwung für sie gibt und damit auch keinen wirtschaftlichen Nutzen mehr, wenn die innere völkische Solidarität unserer Nation nicht wiederhergestellt wird (...) So hat eine Bewegung, die beabsichtigt, den deutschen Arbeiter wieder dem deutschen Volke zu geben, sich darüber klar zu werden, dass wirtschaftliche Opfer bei dieser Frage überhaupt keine Rolle spielen, solange nicht die Erhaltung und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft durch sie bedroht werden. 2. Die nationale Erziehung der breiten Masse kann nur über den Umweg einer sozialen Hebung stattfinden (...)“⁷

Erst die nationale Solidarität erlaube, gestärkt in den darwinistischen Wettbewerb der Nationen einzutreten (Turner 1985). Im aktuellen inneren Zustand sei das Reich hingegen außerstande im Ringen der Völker zu bestehen (Bons 1995). Gregor Strasser, die Führungsfigur des „linken“, also kapitalismuskritischen, Flügels der NSDAP, und bis 1933 neben Hitler die einflussreichste und öffentlich bekannteste Persönlichkeit der Partei,⁸ wies in einer Rundfunkansprache vom Juli 1932 darauf hin, dass die berechtigten Anliegen der Arbeiterschaft von der Nation bis dato ignoriert wurden: „Wir bejahen die deutsche Arbeiterbewegung (...) Wir bedauern (...) dass die damalige bürgerliche Führung Deutschlands dieses Problem (...) nicht im Rahmen der Nation gelöst hat (...)“⁹ Wir sehen im Marxismus eine Verfälschung der Arbeiterbewegung (...)“ (Strasser 1932 nach Tjiok 1997: 86). In der NS-Lesart zerstöre der Klassenkampf des ‚jüdischen Marxismus‘ die Wirtschaft, teile die Nation in feindliche Lager und der Internationalismus entfremde den Arbeiter von Volk und Vaterland (Bons 1995). Hitler selbst verlautbarte in einer Rede, dass ein wahrer Patriot, der für das Wohl seines Volkes einstehe, nur ein Sozialist sein könne (Turner 1985). Er verwendet den Begriff Sozialist, deutet ihn jedoch um als Bekenntnis zur Mitgliedschaft in der Volksgemeinschaft. Bons (1995: 109) verweist darauf, dass die Verwendung der Begriffe Sozialismus und Kapitalismus durch die NSDAP stets darauf abzielte, „den vorfindlichen marxistischen Sinngehalt zu dekomponieren und eine eigene, völkische Interpretation durchzusetzen“.

2. NS-Kapitalismuskritik: „Gemeinnutz vor Eigennutz“

Kritisiert wurde der Kapitalismus durch die Nazis nicht im marxistischen Sinne, gemeint war vielmehr seine Laissez-faire Erscheinung, oftmals als „liberal-kapitalistisches Wirtschaftssystem“ bezeichnet.

⁷ Die Formulierung findet sich ganz ähnlich bei Feder (1919, S. 54): „Hebung der Arbeiterklasse“

⁸ Szejnmann (2013: 360) bezeichnet ihn als „second in command in the NSDAP by the early 1930s“

⁹ Für eine ausführliche Darstellung des aus NS-Sicht „bürgerlichen Versagens“ gegenüber dem „vierten Stand“ als Vorbedingung für dessen ‚Verführung‘ durch den ‚internationalen Juden‘ siehe Bons (1995:58-67, 77-78).

Strasser sprach in seiner Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 konsequenterweise von der „Überwindung des Liberalismus“ (Bons 1995: 129) „Hitler war kein Sozialist, aber er war auch kein Verfechter des liberalen Kapitalismus. (...) das Prinzip des Laisser-faire hatte keinen Platz in seinem Denken“ (Turner 1985: 100). Hitler wollte keine Beseitigung des Kapitalismus, er wollte aber das Primat der Politik (Szejnmann 2013).

„Damit war auch die Aufgabe des Staates dem Kapital gegenüber eine verhältnismäßig einfache und klare: er hatte nur dafür zu sorgen, dass es Dienerin des Staates bliebe und sich nicht einbilde, Herrin der Nation zu sein.“ (Hitler 1925/1940, S. 228).

„Die Wirtschaft ist ein Sekundäres“ (Boepple 1934, S. XY) und hat eine nachgeordnete, dienende Funktion (vgl. Barkai 1988). In den aus taktischen Erwägungen 1931/32 nicht veröffentlichten Konzepten der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP wurde der spätere NS-Staatsdirigismus unter dem Schlagwort „Sozialwirtschaft“ bereits ganz klar ausbuchstabiert – direkte Staatsinitiative, gesetzliche Schranken für den Erwerb und Gebrauch des Eigentums, staatliche Kontrolle über Investitionen, Löhne und Preise. Überdies eine Orientierung in Richtung von Importbeschränkungen und einer vom Weltmarkt unabhängigen, also autarken Wirtschaft, deutlich (Barkai 1988). Hitler untersagte die Veröffentlichung explizit. Die „Sozialwirtschaft“ könne erst 10-15 Jahre nach der Machtergreifung verwirklicht werden. „Inzwischen gelte es die Wirtschaft nicht zu erschrecken und ‚die Fackel hinter verschlossenen Türen glimmen zu lassen‘“ (Barkai 1988: 38).

Hitlers Kapitalismuskritik stand unter der Devise „Gemeinnutz vor Eigennutz“ (Szejnmann 2013). Diese Parole war bereits eines der wichtigsten Schlagworte im 25-Punkte-Programm, wo konkret ausgeführt wird: „Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muss im Rahmen des gesamten und zum Nutzen aller erfolgen“ (NSDAP 1920). Hitler teilte der Wirtschaft im Staat eine untergeordnete Rolle zu, nichtsdestotrotz spielte die Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle in seinem Denken (Barkai 1988, Szejnmann 2013). Gleichzeitig war er der Auffassung, dass das wirtschaftliche Wettbewerbsprinzip wichtig für die Gesundheit einer Nation sei. Hitler lehnte den Angriff des Marxismus auf das Privateigentum ab (Turner 1985). „Er war nie Sozialist, wenn unter Sozialismus die Verstaatlichung der Produktionsmittel verstanden wird. Seine Festlegung auf Wettbewerb und Privateigentum entsprang nicht pragmatischen Überlegungen, sondern fanatischen sozialdarwinistischen Überzeugungen“ (Turner 1985: 98). Entscheidend war die Abgrenzung vom Marxismus auch in Bezug auf den Internationalismus: „Indeed, Nazis fought against international capitalism and for German socialism“ (Szejnmann 2013: 375). Darum suchte Hitler den sozialen Frieden sicherzustellen. Soziale Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollten laut Bons (1995) einvernehmlich unter staatlicher Aufsicht gelöst werden. Im Betrieb sollte der Unternehmer als „Sozialpatriarch“ führen, der Staat behält sich jedoch ein Eingriffsrecht vor um „sozial

gefährliche und ökonomisch dysfunktionale Willkür zu verhindern“ (Bons 1995: 70). „Hitler zeigte sich empfänglich für die Idee eines dritten Weges, eines Wirtschaftssystems, das weder kapitalistisch noch sozialistisch sein sollte. Klassenkonflikte und soziale Ungleichheit sollten durch Sozialpartnerschaft gelöst werden.¹⁰ Es lief auf eine Synthese aus liberalem Kapitalismus und Staatssozialismus hinaus“ (Turner 1985: 102-103).

3. Moderate Sozialreformismus: „Soziale Gerechtigkeit innerhalb der Eigentumswirtschaft“

Ohne das Institut des Eigentums in Frage zu stellen adressierten die Nationalsozialisten von Beginn an die soziale Frage. Im 25-Punkte-Programm der Partei von 1920 heißt es dazu: „Wir fordern, dass der Staat sich verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Bürger zu sorgen“ (NSDAP 1920). Schon Feder (1919) verlangt in diesem Sinne eine staatliche Regulierung von Mieten – vor allem für Arbeiterwohnungen, den Aufbau von allerlei Sozial- und Gesundheitsleinrichtungen, sowie Luxussteuern und eine stark gestaffelte Vermögensabgabe. Im 25-Punkte-Programm wird dann ein großzügiger Ausbau der Altersversorgung gefordert, ein Verbot der Jugendarbeit sowie der Ausbau von Volksbildungswesen und Volksgesundheit (NSDAP 1920). Hitler (1925/1940, S. 353) spricht davon, dass das nationale Bürgertum, geblendet von Geldinteressen, den sozialen Fortschritt – konkret von „Kürzung der unmenschlich langen Arbeitszeit, Beendigung von Kinderarbeit, Sicherung und Schutz der Frau, Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse in Werkstätten und Wohnungen“ behindert bis sabotiert hätte. „Das Lösungsmodell der Arbeiterfrage stützte sich entsprechend vor allem auf die Durchsetzung eines grundlegend veränderten (sozial verantwortlichen) politischen Staatshandelns“ (...) Ziel war die „Herstellung sozialer Gerechtigkeit innerhalb der Eigentumswirtschaft“ (Bons 1995: 90-91). Eine Konkretisierung dieser Parole finden wir bei Hitler (1925/1940, S. 228) selbst: „Erhaltung einer lebensfähigen, nationalen und unabhängigen Wirtschaft auf der einen Seite, Sicherung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer auf der anderen.“

Die sozialpolitische Programmatik wurde im Laufe der Jahre nicht nur substantieller, Bons (1995) verweist auch auf die hohe Kontinuität der sozialen NS-Kernforderungen im Arbeiterdiskurs zwischen 1920 und 1933. Bons (1995) nennt als Bestandteile der NS-Wirtschafts- und Sozialpolitik Verteilungsgerechtigkeit¹¹ im Allgemeinen und einen gerechten Lohn im Speziellen, das Recht auf Arbeit¹² oder zumindest das Herstellen von Vollbeschäftigung,¹³ die Verteidigung des 8-

¹⁰ Sympathie für sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich finden sich bereits bei Feder (1919).

¹¹ Bons (1995: 114) betont, dass in NSDAP Schriften regelmäßig auf die „signifikanten Unterschiede der bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse“ Bezug genommen wurde.

¹² Barkai (1988, S. 33) sieht im Recht auf Arbeit „nichts anderes als die grundsätzliche Festlegung der Vollbeschäftigung als vornehmliche wirtschaftspolitische Zielsetzung“

¹³ Bons (1995: 207) zitiert die NS-Monatshefte von 1932: „Erst mit dem Verschwinden der Arbeitslosigkeit trat der Arbeiter dem `Unternehmer (...) als freier Vertragspartner gegenüber“

Stundentages¹⁴, das Einfordern von Aufstiegschancen und sozialer Mobilität, die Bildung von Eigentum in Arbeitnehmerhand sowie ein großzügiger Ausbau der öffentlichen Alterssicherung¹⁵ und der Existenzsicherung bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit.

Diese „sozialreformistische“ Ausrichtung ist von der Programmatik der Nachkriegs-Sozialdemokratie, die sich in Deutschland spätestens 1959 mit dem Godesberger Programm vom Antikapitalismus löste, kaum unterscheidbar. Berman (2006, S. 126) spricht von „striking similarities between the revisionist left and the national, socialist right“ und Berman betont, dass die reformistische Linke und die nationalsozialistische Rechte beide das Primat der Politik und einen nicht-marxistischen Sozialismus vertraten. Erst die Ergänzung um propagandistisch weniger exponierte Aspekte zeigt den spezifisch Charakter der NS-Wirtschafts- und Sozialpolitik: Das Hinausdrängen verheirateter („versorgter“) Frauen aus dem Arbeitsmarkt, die Verwehrung gegen betriebliche Mitbestimmung, die Ablehnung einer Arbeitszeitverkürzung, die Splittung des Lohns in eine existenzsichernde allgemeine Komponente und eine nicht spezifizierte leistungsabhängige Komponente sowie die Einschränkung des Aufstiegsversprechens auf arische Männer (Bons 1995).

Turner (1985) sieht in Hitlers Adressierung der sozialen Frage eine reine Hilfsfunktion, um die Loyalität der Arbeiterschaft zu gewinnen. Hingegen warnt Bons (1995) davor, die sozialpolitische Schlagseite des Nationalsozialismus auf „soziale Demagogie“ oder „raffinierte Täuschungsmanöver“ zu reduzieren, vielmehr beruhe die Wiedereingliederung der Arbeiterschaft in die Volksgemeinschaft auf grundlegenden ideologischen Überzeugungen. Hitler (1925/1949, S. 227) berichtet, dass die Überlegung im Raum stand die spätere NSDAP ‚Sozialrevolutionäre Partei‘ zu nennen, „weil ja die sozialen Anschauungen der neuen Gründung tatsächlich eine Revolution bedeuteten.“ Gemäß Bons (1995) habe der Nationalsozialismus weder seine Ziele verschleiert, noch habe er rein machtpolitisch motivierten Manipulationscharakter. Nicht trotz, sondern wegen seiner politischen Ausrichtung, gelang es ihm in der Endphase der Weimarer Republik für nennenswerte Teile der Bevölkerung (Arbeiterschaft eingeschlossen) zum Hoffnungsträger zu werden. Seine Wirksamkeit könne von den Inhalten nicht abgekoppelt werden (Bons 1995).

Die Reduktion auf ein Motiv der Instrumentalisierung ist wohl in der Tat verkürzt. Für Hitler und Goebbels stand das reaktionäre Bürgertum für Feigheit, Schwäche, Sättiertheit, Profitgier und sozialen Rückschritt (Paul 1992). „Für Hitler stand außer Zweifel, dass die historische Mission des Bürgertums beendet war“ (Paul 1992: 233). Laut Diagnose des Völkischen Beobachters „war die

¹⁴ Laut Hitler der einzige „Kulturfortschritt“ der deutschen Revolution von 1918 (Bons 1995: 220)

¹⁵ Diese mache, so Feder, den Staat erst wirklich zum „Vater Staat“ (Bons 1995: 202)

bürgerliche Welt längst in die Verteidigung gedrängt, während sich die proletarische auf ganzer Linie im Angriff befand“ (Bons 1995: 21). Eine ähnliche Sichtweise auf das Bürgertum finden wir bereits bei Feder (1919): Die Gier nach Zins und Wucher habe zu einer Versumpfung eines Teiles der Bourgeoisie geführt. Dieselbe bestehe aus selbstgefälligen Spießern mit jämmerlichem Horizont. Das Bürgertum, das arrogant und unterwürfig zugleich sei, sei viel zu feige um sich aufzuraffen gegen die klassenbewusste Arbeiterschaft.

Im Gegensatz dazu waren Arbeiter für Hitler „Kraft- und Energiequelle“, die „aktivsten und tatkräftigsten Elemente der Nation“. Jeder deutsche Arbeiter sei ihm lieber als zehn Hurratrioten. Hitler verlautbarte, er intendiere die „Aufwertung der Handarbeit und hiermit verbunden, die Erhöhung des Sozialprestiges der Arbeiterschaft“ (Paul 1992: 242).¹⁶ „»In der Sozialdemokratie lebten die rassisch einwandfreisten und besten deutschen Menschen zusammen«, bekannte er 1930 in einem Interview. „Nur eben leider unter falschen Führern““ (Paul 1992: 224). Der Kampf richte sich gegen den Marxismus, nicht gegen die marxistischen Massen, die durch ‚Juden und Bonzen‘ verführt worden seien (Bons 1995). Es steht mit Turner (1985) außer Streit, dass die NSDAP keine Vision eines emanzipierten Proletariats vor Augen hatte. Es gab jedoch eine authentische Aufmerksamkeit für die wirtschaftlichen Interessen der manuell arbeitenden Menschen (der „Prolet-Arier“) und ein paternalistisches Bemühen, ihre soziale Lage zu verbessern sowie ihren Status durch rhetorische Anerkennung zu steigern.

4. Außenwirtschaftliche Souveränismus: „Brechung der Zinsknechtschaft“

Kapitalismus war in der NS-Terminologie ein schrankenloser und unsittlicher Missbrauch des Kapitals, das Kapital an sich wurde nicht bekämpft (Bons 1995). Feder (1919) betonte allerdings den Wert der Arbeitskraft dahingehend, dass jedes Kapital nur ‚aufgespeicherte‘ Arbeit sei und Hitler (1925/1940, S. 228) betonte, „dass das Kapital in jedem Fall nur das Ergebnis der Arbeit wäre (...).“ Abgelehnt wurden Trusts sowie das – vermeintlich von Juden und/oder „jüdischen Prinzipien“ dominierte – Börsen- und Finanzwesen, das die Hauptverantwortung für die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung und die Verelendung breiter Massen trage (Bons 1995). Feder (1919, S.5) definierte das internationale Großkapital als „übergewaltige[n] Geldmächte, die über allem Selbstbestimmungsrecht der Völker thronende überstaatliche Finanzgewalt.“ Die NS-Propaganda griff seine Unterscheidung in raffendes und schaffendes Kapital dankbar auf (vgl. Barkai 1988)¹⁷. Das raffende Kapital wird als Leihkapital

¹⁶ Feder (1919) betont den Wert der Arbeitskraft dahingehend, dass jedes Kapital nur ‚aufgespeicherte‘ Arbeit sei und Hitler (1925/1940, S. 228) betonte, „dass das Kapital in jedem Fall nur das Ergebnis der Arbeit wäre (...).“

¹⁷ Das raffende Kapital wird als Leihkapital bezeichnet, als parasitäres Grundübel der Menschheit dargestellt und mit der Familie Rothschild in Verbindung gebracht. Das schaffende Kapital sei hingegen das industrielle Kapital. Es wird mit werteschaftlicher Arbeit, mit Beschäftigung hunderttausender Menschen, mit Unternehmergeist sowie mit der Familie Krupp assoziiert (Feder 1919).

bezeichnet, als parasitäres Grundübel der Menschheit dargestellt und mit der Familie Rothschild in Verbindung gebracht. Das schaffende Kapital sei hingegen das industrielle Kapital. Es wird mit wertschaffender Arbeit, mit Beschäftigung hunderttausender Menschen, mit Unternehmergeist sowie mit der Familie Krupp assoziiert. So wird zwischen ‚wertschaffenden‘ Unternehmern und ‚zinsfressenden‘ (jüdischen) Kapitalisten unterschieden (Feder 1919). Im Rahmen der ‚Zinsknechtschaft‘ „beutet der Kapitalist den Arbeiter, den Werkmeister, den Ingenieur, den Unternehmer aus“ (Feder 1919, S. 44). Die Beseitigung des Zinssystems sei, so Feder (1919, S.) „das Ei des Kolumbus für die soziale Frage“, dies zu verkennen sei der „ungeheure Grundirrtum in der sozialistischen Gedankenwelt“ (S. 57) und solange die Herrschaft des Großkapitals nicht beseitigt ist, würde „aller wahrer Sozialismus“ (...) keinen Segen der Menschheit bringen“ (S. 7).¹⁸

Die aus den Kriegsanleihen stammende interne Verschuldung der jungen Weimarer Republik sowie die enormen externen Reparationsverpflichtungen, führten in Deutschland nach 1918 zu einer dramatischen Skepsis gegenüber dem (internationalen) Finanzsystem. In diesem Klima konnten Feders Ideen gedeihen. Hitler habe nach einem Vortrag Feders sofort erkannt, dass mit dieser Deutung „die soziale Unruhe breiter Gesellschaftsschichten auf den Antisemitismus abzuleiten war“ (Barkei 1988, S. 29). In diesem Sinne nützte Hitler die antisemitische Stimmung der Nachkriegsjahre für zahlreiche antijüdische Tiraden (vgl. Mayer 2002). Dies schlägt sich auch in der Bildsprache nieder, etwa in antisemitischen Plakaten zur Reichstagswahl 1924 (vgl. Paul 1992, Abb. 38-39). „Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkt des Kampfes der deutschen Nation um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit geworden“ (Hitler 1925/1940, S. 233).

Die Brechung der Zinsknechtschaft fand auch Eingang in das 25-Punkte-Programm, das erste Parteiprogramm der Nationalsozialisten von 1920 (NSDAP 1920). Dort wird überdies eine Verstaatlichung von Trusts, eine Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, eine Kommunalisierung von Großwarenhäusern sowie die unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke gefordert.¹⁹ Ein wesentlicher Hebel die Macht des Kapitals einzuschränken war für Feder (1919) die Geldpolitik. Wenn der Staat nicht von den Finanzmärkten (assoziiert mit ‚internationaler, anglo-amerikanischer, jüdischer Hochfinanz‘) abhängig sein wollte, dann musste er für seine Refinanzierung selbst sorgen können. Wenn die Regierung also Mittel benötigt, die ihre Einnahmen übersteigen, „so ist kein Grund zu sehen, warum der Staat nicht das Geld machen soll, das souveräne Volk muss ja dafür

¹⁸ Feder (1919) deutet auch mehrfach an, die sozialistische Bewegung könnte absichtlich vor den Interessen des Großkapitals Halt machen. Für Hitler sind Kapitalismus und Kommunismus per se jüdisch, er deutet den Antagonismus von Kapital und Arbeit als jüdische Strategie zur Versklavung der Völker (vgl. Mayer 2002).

¹⁹ Forderungen mit einer ähnlichen Schlagseite finden sich bei Feder (1919), etwa eine staatliche Beteiligung an Immobilien zur Einflussnahme auf die Mieten sowie die Sozialisierung von Binnenschifffahrt, Elektrizitätsversorgung und Luftverkehr.

aufkommen, indem es eben dieses Geld als Zahlungsmittel anerkennt.“ (Feder 1919, S. 47).²⁰ Barkei (1988, S. 31-32) merkt dazu an, dass die konkrete Operationalisierung der staatlichen Geldschöpfung bei Feder zwar dilettantisch konzipiert sei, „die Grundidee war aus der Sicht moderner ökonomischer Erkenntnisse stichhaltiger als die ihr damals aus Kreisen der Fachakademiker entgegengehaltene Kritik.“ Feder formulierte praktisch die Grundüberlegungen des keynesianischen Instruments der expansiven Geldpolitik.

Hitler (1925/1940 S. 233) stellt klar, weshalb ihm Feders Unterscheidung in raffendes und schaffendes Kapital so hilfreich erschien, denn diese „bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlagen einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen.“ In ‚Mein Kampf‘ finden sich dementsprechend auch Sympathien für Autarkie in der Landwirtschaft sowie zumindest für Autonomie in anderen Wirtschaftsbereichen. Diese Orientierung stehe, so Petzina (1968), in direkter Verbindung zu der Abtrennung agrarisch geprägter ostelbischer Gebiete durch den Vertrag von Versailles. Der entsprechende Ernterückgang für Kartoffel, Roggen und Gerste um rund ein Sechstel, erforderte die Einfuhr von Nahrungsmitteln. Unter diesen Bedingungen gediehen auf konservativer Seite und ideologisch rechts davon Ideen von wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit als Ausdruck nationaler Souveränität (vgl. Petzina 1968). Spätestens Anfang der 1930er-Jahre wurde in den konzeptionellen Arbeiten der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP eine Orientierung in Richtung von Importbeschränkungen und einer vom Weltmarkt unabhängigen Wirtschaft deutlich (Barkai 1988: 40-41). Die ideologische Festlegung auf nationale Souveränität hatte damit sowohl eine finanzpolitische als auch eine realwirtschaftliche Ausprägung.

Teil 2: NS-Hegemoniearbeit in der Propaganda

Die NSDAP profitierte am stärksten vom Niedergang des evangelisch-bürgerlichen Lagers, während SPD und KPD bei den entscheidenden Reichstagswahlen im Juli 1932 gemeinsam immer noch beinahe gleich viele Stimmen erreichen konnten wie die Nazis. Diese relative Resistenz der Linksparteien gegenüber dem Nationalsozialismus verstellte lange den Blick auf die erheblichen Erfolge, die die Nazis im Arbeitermilieu erzielen konnten. Obwohl die Arbeiterschaft innerhalb der NSDAP-Wählerschaft leicht unterrepräsentiert war, war die Partei ab Juli 1932 die stärkste Partei innerhalb der Arbeiterschaft (siehe Falter 1991). Dieser Erfolg fiel nicht vom Himmel, sondern war Resultat einer beharrlichen Agitationstätigkeit, bei der die Arbeiterschaft zunehmend ins Zentrum der Bemühungen

²⁰ Barkei (1988, S. 31-32) merkt dazu an, dass die konkrete Operationalisierung der staatlichen Geldschöpfung bei Feder zwar dilettantisch konzipiert sei, „die Grundidee war aus der Sicht moderner ökonomischer Erkenntnisse stichhaltiger als die ihr damals aus Kreisen der Fachakademiker entgegengehaltene Kritik.“

rückte. Vorerst propagandistisch, wie Paul (1992) detailliert nachweist, gegen Ende der Weimarer Republik und in Lichte der enormen Arbeitslosigkeit aber auch politisch-programmatisch (Gates 1973, Bons 1995, Berman 2006). Der gesamte sozioökonomische Zugang war obendrein konsistent mit den grundsätzlichen ideologischen Leitlinien der Nazis.

1. Die Arbeiterschaft als NSDAP-Zielgruppe

Turner (1985) konstatiert, dass mit Ausbreitung der Partei vom süddeutschen Raum in die industriellen Zentren, der Schwerpunkt der NS-Propaganda sich im Laufe der 1920er-Jahren auch inhaltlich von nationalen und außenpolitischen Fragen (Versailles etc.) hin zu sozialen Fragen verschob. Eine wesentliche Rolle spielte dabei Gregor Strasser, die Führungsfigur des ‚linken‘, also kapitalismuskritischen, Flügels der NSDAP, und bis 1933 neben Hitler die einflussreichste und öffentlich bekannteste Persönlichkeit der Partei. Szejnmann (2013: 360) bezeichnet ihn als „second in command in the NSDAP by the early 1930s“. Strassers Linie dominierte vor allem in der Spätphase der Weimarer Republik, als die NSDAP ihre großen Wahlerfolge feierte. Paul (1992) zeichnet die Generallinie nach: Der Marxismus habe die sozialen Ziele von 1918 verraten, die SPD versinke mit der ganzen parlamentarischen Demokratie im Korruptionssumpf und die deutsche Arbeiterschaft sei den Interessen der internationalen Hochfinanz preisgegeben worden. Der Verrats-Vorwurf gegenüber der SPD hatte ursprünglich eine außenpolitische Schlagseite, doch im Laufe der Weltwirtschaftskrise wandelte sich das Narrativ vom ‚nationalen Verrat‘ zum ‚sozialen Verrat‘ (Paul 1992). Bei den Reichstagswahlen 1930 konnte die NSDAP tatsächlich auf 18,2% zulegen und erzielte auch in den Städten passable Ergebnisse (Paul 1992). In etwa jeder zehnte Wähler der NSDAP kam 1930 von der SPD (Falter 1991).

Während die SPD diffamiert wurde, gab sich die NSDAP im Reichstag ausgesprochen arbeiterfreundlich und versuchte gelegentlich sogar die KPD in kapitalismuskritischer Rhetorik zu übertrumpfen wie Turner (1985) ausführt: Die Partei beantragte die Konfiskation des gesamten Vermögens der „Bank und Börsenfürsten“, votierte gegen Erhöhungen indirekter Steuern, weil diese eine degressive Verteilungswirkung hätten, unterstützte Vorschläge zur Ausweitung der Sozialausgaben und votierte gegen Bedürftigkeitsprüfungen bei Sozialhilfe. In einigen Fällen stimmte die NSDAP als einzige Partei mit der KPD, beispielsweise bei Lohnsteuerbefreiungen für Geringverdienende und höheren Steuern für Reiche. Es wurde zu einer Schlüsselfrage, wer die authentischere ‚antikapitalistische‘ Kraft war (Szejnmann 2013). Dazu Turner (1985: 86-87):

„In Fragen der Außen-, Verteidigungs- und Rechtspolitik schienen die Nationalsozialisten Teil der extremen Rechten zu sein, aber in sozioökonomischen Fragen vertrat die NSDAP häufig Standpunkte, die von denen der extremen Linken praktisch nicht zu unterscheiden waren“

Die zielgruppenspezifische Agitation in Bezug auf die Arbeiterschaft wurde speziell von der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) vorangetrieben, die unter der Schirmherrschaft von Gregor Strasser gegründet wurde (Turner 1985). In ihrer Zeitschrift ‚Arbeitertum‘ stellte sich die NSBO als „Spezialwaffe gegen den Betriebsmarxismus“ dar und proklamierte auf der anderen Seite den Kampf gegen das „liberal-kapitalistische Wirtschaftssystem“ (Tjiok 1997: 130-133). Die NSBO nahm 1932 nach eigenen Angaben an 108 Streiks aktiv teil (Bons 1995) und das NSBO-Organ „Arbeiterum“ verlautbarte, dass Streikbrecher aus der Partei ausgeschlossen würden (Turner 1985). Im September 1931 initiierte Josef Goebbels als Gauleiter von Berlin eine große Propagandakampagne unter dem Motto ‚Hinein in die Betriebe‘ und die NS-Tageszeitung des Gaus Berlin betonte den revolutionär-sozialistischen Willen der NSDAP (Turner 1985). Bons (1995: 52) spricht von einer „unübersehbaren Offensive in der Arbeiterfrage“ in der Endphase der Weimarer Republik.

Diese Stoßrichtung spiegelt sich auch in der zielgruppenspezifischen Propaganda der NSDAP nieder, wie Paul (1992) auf Grundlage von 168 NS-Plakaten aus fünf Urnengängen im Zeitraum 1928 bis 1932 nachweist. Im Wahlkampf vom Juli 1932 richteten sich zehn von 44 Plakaten explizit an die Arbeiterschaft, im Wahlkampf vom November 1932 neun von 36. Innerhalb der zielgruppenspezifischen Plakate (Frauen, Bauern etc.) dominierten die an Arbeiter gerichteten eindeutig. „Entsprechend ihrem Selbstverständnis galt der NSDAP die Arbeiterschaft in allen Wahlkämpfen als die mit Abstand wichtigste Zielgruppe“ (Paul 1992: 217). Das widerspräche der herkömmlichen Annahme, dass die Mittelschicht die NSDAP-Hauptzielgruppe gewesen sei (Falter 1992).

„Die soziale Hauptzielgruppe der NSDAP-Propaganda waren, entgegen bisherigen Annahmen, bis ins Jahr 1932 die Arbeiter und nicht etwa der Mittelstand. Dem Proletariat wurde ein nationaler, nicht-marxistischer Sozialismus versprochen“ (Falter 1992: 9).

2. Strasser Programm für die Realpolitik

Die Wirtschaftsauffassung der Nationalsozialisten war grundsätzlicher, ideologischer Natur. Sie schlug sich in militantem Antiliberalismus, staatsdirigistischen Ideen sowie zu einer vom Weltmarkt unabhängigen Wirtschaft nieder (Barkai 1988). Die Nazis wollten Kapitalismus und Eigentum nicht abschaffen, aber das Primat der Politik über die Wirtschaft herstellen (Barkai 1988, Berman 2006, Szejnmann 2013). Die Herausforderung lag für die NSDAP darin, diesen ideologischen Zugang in ein plausibles wirtschaftspolitisches Konzept zu gießen. Dieser Frage widmete sich Gregor Strasser der sich so viel Sachkenntnis aneignete, dass er trotz Zugehörigkeit zum ‚linken‘ Parteiflügel von Unternehmensseite als in wirtschaftlichen Fragen einzige ernst zu nehmende Persönlichkeit der

NSDAP wahrgenommen wurde (Turner 1985). Strasser entging auch nicht, dass die Gewerkschaften sich nach langen internen Diskussionen und gegen den Widerstand der SPD-Reichstagsfraktion Anfang 1932 dazu durchringen konnten, ein keynesianisches Programm mit Fokus auf Arbeitsbeschaffung vorzustellen, den so genannten WTB-Pan²¹ (Kowall 2023). „Strasser wurde so in die Lage versetzt, am 10. Mai 1932 in seiner Reichstagsrede die wichtigsten und werbewirksamsten Aspekte eines neuen NS-Wirtschaftsprogramms der Öffentlichkeit vorzustellen“ (Kissenkoetter 1978: 108).“ Diese Rede war die erste Ausbuchstabierung einer ‚keynesianischen‘ Agenda in einem deutschen Parlament.

Strasser sprach dabei über eine „große antikapitalistische Sehnsucht“ die das Volk erfasst habe (Bombach et al. 1976: 247). Er warf der SPD vor der Arbeitslosigkeit nichts als Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich entgegenzusetzen zu haben. Der negativen Abwärtsspirale stellte Strasser ein Arbeitsbeschaffungsprogramm entgegen. Es gehe darum den Motor überhaupt wieder einmal in Gang zu bringen, was durch eine große Arbeitsbeschaffung vonseiten des Staates umgesetzt werden müsse, weil die Privatwirtschaft dazu nicht in der Lage sei. Es gäbe immer noch Menschen, die in „Infizierung mit liberalistischem Denken“ seine Thesen ablehnten, obwohl diese von der modernen Wirtschaftswissenschaft (Strasser bezog sich u.a. auf US-Ökonom Irving Fisher) bereits als Fakten anerkannt seien (Bombach et al. 1976: 252). Genau wie der WTB-Plan wählte Strasser für sein Finanzierungsmodell die Kreditschöpfung durch die Zentralbank (Bombach et al. 1976: 254). Auch bezog sich Strasser positiv auf das Programm der Gewerkschaften „über das man absolut reden kann, und bei dem wir jederzeit unter entsprechenden Bedingungen zur Mitarbeit bereit sind“ (Reichstagsprotokoll 1932: 2512).

Strassers Rede vom 10. Mai 1932 fand weite Verbreitung in der deutschen Presse und Öffentlichkeit, sorgte für breites Interesse weit über die NSDAP hinaus und kann als inhaltliche Basis sowie als Auftakt der NSDAP für den Wahlkampf zu den Reichstagswahlen vom Juli 1932 gelten. Die Wahlkampagne stand dadurch programmatisch von Beginn an unter der Devise ‚Arbeit und Brot.‘ Das NSBO-Organ ‚Arbeitertum‘ druckte die gesamte Strasserrede im Wortlaut ab (Kissenkoetter 1978). Auf Basis der Rede entstand auch das wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP (Humann 2011). In diesem wird betont, dass die Orientierung auf Konkurrenzfähigkeit und Exporte den Binnenmarkt durch Lohndumping und Schleuderkonkurrenz zerstört und die Arbeitslosigkeit erhöht hätten. Dies sei der falsche Fokus gewesen, denn "die vermehrten Absatzmöglichkeiten liegen nur auf dem Binnenmarkt" (Bombach et al. 1976: 263). Diese Neuausrichtung könne nur gelingen, wenn die entsprechende Kaufkraft gegeben sei.

²¹ Der WTB-Plan ist nach seinen Autoren benannt, Wladimir Woytinsky, Leiter der statistischen Abteilung des Gewerkschaftsbundes, Holzarbeitergewerkschafter Fritz Tarnow und dem Beamten im Reichsernährungsministerium Fritz Baade

Der NSBO- Informationsdienst bezeichnete das Arbeitsbeschaffungsprogramm als bestes Werbemittel bei Arbeitern und Arbeitslosen (Bons 1995). Im Programm wird betont, dass die Nazis die ersten gewesen seien, die ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgelegt hätten. Das ist insofern unzutreffend, als die Vorarbeiten vom Gewerkschaftsbund geleistet und bereits im Februar 1932 in Form des WTB-Plans verabschiedet wurden (Kowall 2023). Dennoch ist Fakt, dass die NSDAP die einzige *Partei* war, die das von den Gewerkschaften forcierte Konzept der Arbeitsbeschaffung durch Kreditschöpfung offensiv kampagnisierte.²²

Gemäß der innenpolitisch-sozialen Ausrichtung der NSDAP wurde im Wahlkampf vom Juli 1932 die SPD erneut des Verrats bezichtigt, konkret betraf der Vorwurf die Themen „Lohn- und Rentenraub“ (Zustimmung zu den Notverordnungen), Korruption & Bonzentum sowie „Tributpolitik“ (Versailles, Dawes- und Youngplan) (Paul 1992, Abb. 67-69). „Statt seine revolutionären Versprechen von 1918 einzulösen, habe sich der Marxismus als ‚Schutzengel des Kapitalismus‘ erwiesen (Paul 1992: 226-227).“ Die NSDAP machte der SPD die Rolle als Vertreterin der sozialen Frage offensiv streitig. Strasser erklärte, die NSDAP sei die einzige politische Kraft die gewillt und in der Lage sei die Arbeiterfrage zu lösen (zitiert nach Bons 1995). Strassers „Wahlslogans die ‚das Recht auf Arbeit‘ forderten und ‚Arbeit und Brot‘ versprachen, zündeten“ (Kissenkoetter 1978: 137). Diese inhaltliche Schwerpunktsetzung auf sozioökonomische Fragen schlug sich auch in den von Paul (1992, Abb. 67-70) dokumentierten Wahlplakaten nieder, wo Arbeitslosigkeit, Verelendung sowie ‚Arbeit und Brot‘ zentrale Themen waren. Im Jahr 1983, also 50 Jahre nach den (letzten) Reichstagswahlen vom März 1933, wurde eine Befragung unter 600 ehemaligen NS-Wähler:innen durchgeführt. Das wichtigste Wahlmotiv, das von 29,7 der Befragten genannt wurde, war ‚Arbeit und Brot‘ (Dokumentarfilm 1983: „Warum sie Hitler wählten“).

Strasser betonte neben seinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen den Willen zur Überwindung von Klassengegensätzen, etwa mittels Arbeitsdienst. „Körperliche Arbeit erzieht den Respekt vor der Handarbeit, überwindet Klassendünkel und Klassenhass und stellt über die Heimatscholle hinweg die Verbindung mit dem deutschen Staatsgedanken wieder her“ (Strasser nach Kissenkoetter 1978: 114) Der NS-Wahlsieg vom Juli 1932 ist für Kissenkoetter (1978: 120) „ohne Strassers Wirtschaftsprogramm in dieser Höhe nicht denkbar“, denn er und die Nazis boten „ein allgemein einsichtiges und verständliches Programm und die NSDAP nutzte diese propagandistische Möglichkeit voll aus.“ Auch

²² Barkai (1988, S. 49) merkt zu Feders Genugtuung über den geistigen Durchbruch seiner seit 13 Jahren vertretenen Idee der staatlichen Geldschöpfung an: „(...) so schmückte er sich zwar hinsichtlich der finanztechnischen Ausführungsvorschläge mit fremden Federn, war jedoch nicht grundsätzlich weit von der Wahrheit.“

Barkai (1988: 44) kommt zu dem Schluss, dass das Sofortprogramm „allem Anschein nach nicht wenig zum nationalsozialistischen Wahlerfolg beitrug“

Falter (1991) analysiert auf Basis empirischer Regressionsanalysen die Affinität verschiedener sozialer Milieus für den Nationalsozialismus. Bei der wegweisenden Reichstagswahl vom Juli 1932 ergeben die Schätzungen beispielsweise, dass 31% aller Wahlberechtigten (!) sowie 27% der Arbeiterschaft nationalsozialistisch gewählt haben.²³ Obwohl die Arbeiterschaft innerhalb des NSDAP-Elektorats etwas unterrepräsentiert war, wurde die Partei durch ihren Größenvorsprung ab Juli 1932 zur stärksten Kraft innerhalb der Arbeiterschaft. Falter (1991) untersucht nicht nur die Anfälligkeit sozialer Milieus für den Nationalsozialismus, sondern auch jene der politischen Lager. Er teilt das Elektorat in ein linkes (SPD, KPD), ein katholisches (Zentrum, BVP) sowie ein evangelisch-bürgerliches (DDP, DVP, DNVP) Lager ein. Letzteres war am anfälligsten für den Nationalsozialismus. Trotzdem konnte die NSDAP in absoluten Zahlen gemessen aus dem wesentlich größeren linken Lager ebenfalls viele Stimmen gewinnen. Im Saldo gewann die Partei zwischen 1928 und 1933 größenordnungsmäßig zwei Millionen Stimmen von der SPD, das entspricht ca. 6,5 Prozentpunkten gemessen an den Wahlen von 1928.

Fazit

Es sei ein Irrtum, dass die NS-Wirtschaftspolitik von vorgefassten ideologischen Zielsetzungen abgekoppelt gewesen wäre (Barkai 1988). Tatsächlich zeigen sich bereits in den frühen Dokumenten der NSDAP, spätestens aber in den Arbeiten der wirtschaftspolitischen Abteilung, klare ideologische Leitlinien für die Wirtschaft. Was den Nazis bis 1932 fehlte war eine wirtschaftspolitische Operationalisierung ihrer ideologischen Ansichten. Da kam es sehr gelegen, dass die kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsprogramme der Reformer mit den NS-Vorstellungen von Staatsdirigismus und ‚souveräner Finanzierung‘ übereinstimmten (Barkai 1988). Die Nationalsozialisten (...) „griffen die Ideen der Reformer bereitwillig auf, weil sie hier die theoretische Rechtfertigung und auch die praktischen Pläne (...) fanden, die ihrer eigenen Auffassung von Staat und Wirtschaft entsprachen. (Barkai 1988: 64). Alle drei identifizierten sozioökonomischen Leitlinien spiegeln sich in der Arbeitsbeschaffung durch Kreditschöpfung wieder: *Kapitalismuskritik*, weil der Staat bewusst als wirtschaftlicher Akteur auftritt, *moderater Sozialreformismus*, weil die Arbeitslosigkeit bekämpft wird sowie *außenpolitischer Souveränismus*, weil die Finanzierung innerstaatlich erfolgt – ohne Rücksicht auf Finanzmärkte. Damit verfügte die NSDAP über das Instrumentarium, durch staatliche Intervention die sozioökonomischen Verhältnisse auf kapitalistischem Boden zu verbessern. Das NS-Programm

²³ Die Zahlen beziehen sich explizit auf alle Wahlberechtigten, also auch jene die nicht zur Wahl gingen. Der Anteil der NSDAP an den gültigen abgegebenen Stimmen lag hingegen bei 37,3%.

verhieß, dass wirtschaftliche Steuerung und soziale Reformen ohne Bruch mit den grundsätzlichen Eigentumsverhältnissen erreicht werden könnten. Hitlers prinzipielle Koketterie mit einem dritten Weg, seine Sympathie für Privateigentum und Wirtschaftswettbewerb in Kombination mit einem dirigistischen Staat, waren der ideologische Unterbau für einen solchen Sozialreformismus.

Es war Gregor Strasser, der die NSDAP in die Lage versetzte, auf Basis dieser Grundhaltung eine konkrete politische Programmatik zu entwickeln. „Da das Kabinett Brüning und die hinter ihm stehenden Parteien das Verlangen weiter Bevölkerungskreise nach aktiver Bekämpfung der Wirtschaftskrise unerfüllt und die von vielen Seiten vorgelegten konkreten Pläne für eine antizyklische Konjunkturpolitik unbeachtet ließen, erhielt die NSDAP die Gelegenheit, die Vorschläge aufzugreifen und sich als einzige Partei darzustellen, die einen Ausweg aus dem Wirtschaftselend wisse und ihn zu gehen bereit sei“ (Büttner 1989: 250). Auch Abelshauer (1999), Barkai (1988) und Berman (2006) betonen, dass die Nationalsozialisten die ersten waren, die einer Beschäftigungspolitik mittels Kreditschöpfung Eingang in die Programmatik einer Massenpartei ermöglichten. Insgesamt ist unverkennbar, dass gerade die Reichstagswahl vom Juli 1932, die die NSDAP zur stärksten Kraft im Reichstag machte, im Zeichen von Strassers Generallinie ‚Arbeit und Brot‘ stand. Spätestens seit dem Frühjahr 1932 hatte die NSDAP ein programmatisches Alleinstellungsmerkmal, nämlich die Verbesserung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse auf kapitalistischem Boden („Soziale Gerechtigkeit innerhalb der Eigentumswirtschaft“).

Die Symbiose aus Kapitalismus und politischer Steuerung war trotz demokratischer Wende, Westorientierung und geistigem Neustart nach 1945 die sozioökonomische Kontinuität, jener Konsens, entlang dessen Christ- und Sozialdemokratie die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit ausrichteten. Die Vorwegnahme eines sozial regulierten Kapitalismus war im Deutschland der 1930er-Jahren exklusiv der NSDAP vorbehalten.

Literatur

- Abelshauer, W. (1999) Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 47, H. 4, S. 503-532.
- Barkai, A. (1988) Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus: Ideologie, Theorie, Politik, Fischer Verlag
- Berman, S. (2006) The Primacy of Politics: Social Democracy and the Making of Europe's Twentieth Century, Cambridge: Cambridge University Press
- Bombach, G; Ramser H.-J; Timmermann, M.; Wittmann, W. (1976) Der Keynesianismus II. Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland, Springer-Verlag
- Bons, J. (1995) Nationalsozialismus und Arbeiterfrage. Zu den Motiven, Inhalten und Wirkungsgründen nationalsozialistischer Arbeiterpolitik vor 1933, Centaurus-Verlagsgesellschaft
- Büttner, U. (1989) Politische Alternativen zum Brüning'schen Deflationskurs, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte and 37, Heft 2, S. 209-251.
- Dokumentarfilm (1983) Warum sie Hitler wählten:
<https://www.youtube.com/watch?v=6fdYfMGwQsw>, 3. Mai 2023
- Falter, J. (1991) Hitlers Wähler, Verlag C.H. Beck.
- Falter, J. (1992) Vorwort in: Paul, Gerhard (1992) Aufstand der Bilder: JWH Dietz Verlag
- Feder, G. (1919) Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München.
- Gates, R. (1973) German Socialism and the Crisis of 1929-33, Central European History, Vol. 7, Nr. 4, S. 332–359
- Hilferding, R. (1930) In der Gefahrenzone, Die Gesellschaft, Heft 7, Band 2, S. 289-297.
- Hitler, Adolf (1925/1940) Mein Kampf. Zentralverlag der NSDAP, Frz. Eher Nachfolger München
- Humann, D. (2011) »Arbeitsschlacht« Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933-1939, Wallstein Verlag
- Kissenkoetter, U. (1978) Gregor Strasser und die NSDAP, Deutsche Verlags-Anstalt
- Kowall, N. (2023) Die orthodoxe Wirtschaftspolitik der SPD zwischen 1929 und 1933, Wirtschaftsdienst 103(4), S. 169-275
- Mayer, M. (2002) NSDAP und Antisemitismus 1919-1933, Munich Discussion Paper, Nr. 2002-5.
- NSDAP (1920): Das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei
<http://www.kurt-bauer-geschichte.at/>, abgerufen am 27.9.2023
- Paul, G. (1992) Aufstand der Bilder, JWH Dietz Verlag

Petzina, Dieter (1968) Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan
Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 16, Deutsche Verlags-Anstalt,
Stuttgart

Szejnmann, C. (2013) Nazi Economic Thought and Rhetoric During the Weimar Republic: Capitalism
and its Discontents, Politics, Religion & Ideology, Vol. 14, Nr. 3, S. 355-376.

Tjiok, C. (1997) Die rhetorische Gestaltung der Wahlkampf- und Zielgruppenwerbung der NSDAP in der
Weimarer Republik unter Berücksichtigung der NS-Linken, Dissertation

Turner, H. (1985) Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Wolf Jobst Siedler Verlag